? Nun bezeichnen sogar die finnischen Grünen, aber auch die EU-Kommission, die Atomenergie inzwischen als grüne Energie.

Carl-Julius Cronenberg: Die finnischen Grünen haben ihren Frieden mit der Kernenergie deshalb geschlossen, weil es in Finnland eine Endlagerlösung gibt, die auf großen gesellschaftlichen Konsens stößt. Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, nämlich den Aspekt der Weiterentwicklung der Nukleartechnologie. Wir können davon ausgehen, dass in absehbarer Zeit kleinere und noch sicherere Kernkraftwerke mit sehr viel kürzeren Halbwertzeiten gebaut werden können. Diese Perspektive wird mit Sicherheit Frankreich, aber auch andere Länder motivieren, weiter in diese Technologie zu investieren. Dennoch steht es in der Ampelkoalition nicht auf der Tagesordnung, in dieser Frage zu einem Umdenken zu kommen. Für mich steht an erster Stelle, den Ausbau regenerativer Energieträger massiv voranzutreiben – zum Beispiel durch kürzere Planungs- und Genehmigungszeiträume. Kurzum: Wir brauchen mehr grüne Energie, weil dies nicht nur eine klimapolitische Dimension, sondern auch eine sicherheitspolitische Dimension hat. Es darf nicht mehr passieren, dass wir beim Import fossiler Brennstoffe von einem Land abhängig sind. Und wir brauchen parallel zur grünen Energie eine robuste Wasserstoffwirtschaft. Dies hat die Ampelkoalition auch in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt. Wir fangen in meiner Heimat, im Sauerland, mit einem Pilotprojekt an, in dem wir Ammoniak aus Australien importieren und zu Wasserstoff weiterverarbeiten.

? Die FDP fordert einen „Bürokratie-TÜV“. Was genau planen Sie? Welche Vorteile bietet dieser „Bürokratie-TÜV“ kleinen und mittelständischen Unternehmen?

Carl-Julius Cronenberg: Bei der Digitalisierung ist die Bundesrepublik Deutschland gegenüber vielen anderen Ländern rückständig. Wobei kleine und mittlere Unternehmen noch mehr als Großbetriebe unter der digitalen Rückständigkeit der Behörden leiden. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir jedes Gesetz, das wir verabschieden, einem sogenannten Digital-Check unterziehen und uns somit genau anschauen, welche Auswirkungen dieses Gesetz auf die Bürokratielast haben könnte. Weiterhin soll geprüft werden, ob die Umsetzung des Gesetzes mit seinen Ausführungsbestimmungen auch digital möglich ist. Insofern haben wir noch eine große Aufgabe vor der Brust. Deshalb ordnet die Koalition der Digitalisierung denselben Stellenwert zu wie dem Klimaschutz.

? Der Bundesgerichtshof beschloss in einem Urteil, dass Betroffene des Corona-Lockdowns keinen Anspruch auf individuelle staatliche Entschädigung für ihre Einnahmeausfälle haben. Sehen Sie eine Alternative, um Einzelhändler, Gastronomen und Betriebe, die von den Schließungen betroffen waren, finanziell zu entschädigen?

Mit Carl-Julius Cronenberg sprach Janina Schäfer

Carl-Julius Cronenberg: Es bleibt zunächst festzuhalten, dass der Staat großzügige finanzielle Hilfen geleistet hat. Wir reden hier über Milliardenbeträge. Mir wäre es auch lieber gewesen, wenn man statt Hilfen Entschädigungen gezahlt hätte – und zwar all denjenigen, denen man das Ausüben des Gewerbes untersagt hatte. Also zum Beispiel Gastronomen oder Friseuren. Allerdings waren die rechtlichen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben. Insofern war es nur möglich und damit rechtmäßig, wie der Gesetzgeber verfahren hatte.

? Wie will die Ampelkoalition den exorbitant gestiegenen Schuldenberg, bedingt durch die Corona-Krise und den Ukraine-Krieg, wieder abtragen?

Carl-Julius Cronenberg: Mit der mittelfristigen Finanzplanung, die Christian Lindner vorgelegt hat, werden wir die Verschuldung wieder zurückfahren. Es ist geplant, aus dem laufenden Haushalt heraus so viel zu tilgen, dass wir uns in fünf Jahren ungefähr wieder im Bereich der Maastricht-Kriterien von 60 Prozent bewegen. Es gibt allerdings eine Unbekannte. Die Inflation, wie schon geschildert, schießt in die Höhe und wird zur Folge haben, dass die Zentralbank ihren Leitzins anheben wird, mit der Folge, dass neue Staatsanleihen wieder verzinst werden müssen. In letzter Zeit war es ja teilweise so, dass der Finanzminister über Negativzinsen ein Plus gemacht hat, wenn er neue Schulden aufnahm. Diese Zeiten sind vorbei. Aber steigende Zinsen haben auch zur Folge, dass in künftigen Bundeshaushalten eine höhere Zinslast wieder einzuplanen ist. Insofern kann ich noch nicht genau einschätzen, ob die mittelfristige Finanzplanung dies schon ausreichend berücksichtigt hat.

? Geben Sie bitte ein kurzes Statement zu folgenden Stichworten:
Meinungsfreiheit,
Eigenverantwortung,
Wünsche für das Jahr 2022

Carl-Julius Cronenberg: Meinungsfreiheit ist wichtiger den je, wie uns Putin jeden Tag in Russland deutlich vor Augen führt. Eigenverantwortung ist der Schlüssel zur Pandemiebekämpfung und mein Wunsch für die vor uns liegenden Monate lautet: Frieden in Europa. ■